

Kraukauer Zeitung.

Nr. 242.

Freitag, den 21. October

1862.

Die „Kraukauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnement 9 Nkr. berechnet. — Inzerationsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Zeile 5 Nkr. — Inzerat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Kraukauer Zeitung“ (Großer Ring Nr. 39). Aufwendungen werden franco erbeten.

VI. Jahrgang.

Abonnementpreis: für Kraukau 4 fl. 20 Nkr., mit Verendung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit die erste Einrückung 7 kr., für jede weitere Einrückung 3 1/2 Nkr.; Stempelgebühr für jed. Einrückung 30 Nkr. — Redaction: Nr. 423 an den Planten. Expedition: Großer Ring Nr. 41.

Ämtlicher Theil.

Nr. 798/praes.

Für die Tarnobrzeger Abbrändler sind in der zweiten Hälfte des Monats September l. J. nachstehende Unterstüßungsbeiträge eingetroffen:

Vom Bezirksamte Albona	4 21 1/2
„ „ Deglia	5 55
„ „ Kreisamte in Tabor	2 —
„ „ Bezirksamte Zwettel	5 —
„ „ „ Knittelfeld	8 53
„ „ „ Gonobitz	3 80
„ „ „ Mautern	2 88 1/2
„ „ „ Kreisamte in Chrudim	46 41 1/2
„ „ „ Bezirksamte Wotic	2 —
„ „ „ Janow	4 50
„ „ „ gr.-fathol. Pfarreramt, Herrn Johann Miedzielski, in Pobereze	2 40
Von den Bewohnern der Stadt Bochnia mittelst Sammlung	80 59 1/2
Vom Bezirksamte Stanislaw	6 20
Aus den Sammlungen des Herrn Pfarrers Warzecha in Zawoja	3 67
Vom Kreisamte in Czeslau	10 —
Von der k. k. oberösterreich. Statthalterei in Linz	287 74
Vom Kreisamte in Prag	— 40
„ „ „ Bezirksamte Karolinenthal	3 95
Von mehreren Gemeinden des Starosoler Bezirkes	5 6
Vom latein. Pfarramt in Wola Rafalowska	3 52 1/2
Von den Bezirksämtern in Cherssen, Comen, Pirano, Flitsch und Corroignano mittelst der k. k. kistenländischen Statthalterei in Triest zusammen	30 52 1/2
Vom Bezirksamte Erlachstein	7 23
„ „ „ Irnding	7 8
„ „ „ Rottenmann	13 46 1/2
„ „ „ Motalcone	1 73 1/2
„ „ „ Pinquente	3 11
„ „ „ Canale	4 60
„ „ „ Capo d'Istria	11 44
„ „ „ Neumarkt in Steiermark	4 67 1/2
Von den Bezirksämtern in Oberburg, Schlading und Hartberg im Wege der k. k. Statthalterei in Gratz	11 94
Zusammen	584 23 1/2
Hierzu aus den früheren Sammlungen	11493 57 1/2
220 Korck Getreide, 23 Korck Erdäpfel und 419 Pfd. Mehl	
(somit im Ganzen)	12077 81
220 Korck Getreide, 23 Korck Erdäpfel und 419 Pfd. Mehl	

Diese Spenden wurden bereits ihrer Bestimmung zugeführt.

Vom k. k. Statthalterei-Commissions-Präsidium.
Kraukau, am 13. October 1862.

Nr. 975.

Die Gemeinden Wojakowa, Polom mały, Porabka, Dobrocisz, Druszków pusty und Katy (Kraukauer Kreise) haben im Zwecke der Dotirung einer Pfarrschule in Wojakowa, an welcher der Schul- und Organistendienst vereinigt sein solle, nachstehende Verbindlichkeiten übernommen:

1. Zum Unterhalte des Lehrers alljährlich 85 beizutragen.
Das Einkommen des jeweiligen Organisten von Wojakowa wurde auf ungefähr 35 veranschlagt, so daß die ganze Dotation 120 österr. Währ. ausmachen wird.
2. Die Organisten-Ordnung entsprechend zu adaptiren, für welchen Zweck die betreffenden Gutsbesitzer Johann Dunikowski, Ladislaus Zelenchowski, und Boleslaus Nowicki zehn Stück 15ölliges Bauholz und zwei 5öllige Sparren zugeführt haben. Für denselben Zweck haben ferner der Gutsbesitzer von Dobrocisz, Joseph Baron Lewartowski, zehn Fuhren Kalk und der Ortspfarrer, Ladislaus Zarlikowski, den aus Sammlungen erzielten Betrag von 18 fl. österr. Währ. gewidmet.
3. Das Schulhaus und die Schuleinrichtungsfürstücke im guten Stande zu erhalten.

4. Die vom genannten Ortspfarrer zur Schulbeheizung zugesicherten drei Klafter Holz unentgeltlich zu fallen und zuzuführen, und falls diese drei: Klafter unzureichend sein sollten, aus eigenem noch drei Klafter Holz anzukaufen.

Dieses befristete Streben zur Hebung der Volksbildung wird anerkennend zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Kraukau, am 8. October 1862.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 6. October d. J. dem Bezirkshauptmann und Bezirksvorsteher zu Bielawa, in Böhmen, Adalbert Klusaczek, aus Anlaß des von ihm angeführten Uebertretens in den bleibenden Ruhestand, in Anerkennung seiner langjährigen treuen und ersprießlichen Dienstleistung, den Titel eines Statthalterreithes tarfrei allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 3. October d. J. dem Bau-Inspector, Hugo Götter in Steiermark, aus Anlaß seines Uebertretens in den wohlverdienten Ruhestand, in Anerkennung seiner langjährigen treuen und ersprießlichen Dienstleistung, den Titel eines Bauarchitects tarfrei allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 15. October d. J. dem Gemeinen, Dominik Marowina, des Infanterie-Regiments Graf Wimpfen Nr. 22, wegen mit eigener Lebensgefahr bewirkten Rettung zweier Knaben vom Tode des Ertrinkens, das silberne Verdienstkreuz allergnädigst zu verleihen geruht.

Veränderungen in der k. k. Armee.

Ernennung:
Der Oberlieutenant Kajetan Kieubi, des Infanterie-Regiments Freiherr von Urvoldi Nr. 23, zum Platzcommandanten zu Padua.

Uebertragungen:
Der Oberlieutenant Daniel Petrich, disponibler Platz-Commandant von Castellnuovo, in gleicher Eigenschaft nach Padua; der Oberlieutenant Georg Szalffy v. Szaly, disponibler Platzcommandant von Czernowitz, zum Militär-Platzcommando zu Temeswar;

Der Platzmajor Albert Forsthuber v. Forstberg, vom Militär-Platzcommando zu Temeswar zu jenem zu Verona.

Pensionirungen:
Der Stadtkommandant zu Salzburg, Titular-Generalmajor Ladislaus Gombos v. Gombaz; der Platzcommandant zu Linz, Oberst Anton Ritter Obermüller v. Drauck, mit Generalmajors-Charakter ad honores; der Platzcommandant zu Padua, Oberlieutenant Johann Glaninger, und Platzcommandant zu Padua, Oberlieutenant Georg Graf Lasberg auf Loigmannsdorf und Ohsenbürg, Beide mit Oberstleutnants-Charakter ad honores; der Platzcommandant zu Bregenz, Major Joseph Weeber, mit Oberstleutnants-Charakter ad honores; der Platzcommandant zu Triest, Major Joh. Czerveny; der Platzcommandant zu Kaschau, Major Anton Rohl v. Gyalavay, und der Major, Ludwig Simonyi de Barsany, vom Militär-Platzcommando zu Verona.

Nichtamtlicher Theil.

Kraukau, 21. October.

Die Turiner Blätter betrachten den Rücktritt Thouvenel's als eine für die italienische Sache sehr ungünstige Ereigniß. Die Discussionen fordern das Land auf, im Hinblick auf die angestrebte National-Organisation zukünftig mehr, als bisher, auf die eigene Kraft zu bauen. Katagzi, schreibt der Turiner Correspondent der k. k. S., ist nach den Vorgängen in Paris natürlich in großer Verlegenheit, aber er zeigt sich nicht aufgelegt, Frankreich gegenüber einen entscheidenden Schritt zu thun. Auch unsere übrigen Staatsmänner haben sich zum großen Theil so an das Hin- und Herschwanke der französischen Politik gewöhnt, daß sie auch jetzt noch nicht alle Hoffnung verlieren. Katagzi geht daher mit dem Plane um, durch Ausschreiben neuer Wahlen an die Nation zu appelliren, und hofft, daß die Einmüthigkeit, welche dieselbe ohne Zweifel hierbei auf Kom bekunden wird, Eindruck in Paris machen werde. Vorläufig wird Katagzi also nicht aus dem Ministerium scheiden. Ueberhaupt suchen die piemontesischen gesinneten Blätter Wasser in den reinen Wein zu gießen, den man in Paris jetzt einschenken will. So weiß heute schon die k. k. S. zu erzählen, das Circular, welches Herr Drouyn de Lhuys dieser Tage zur Kennzeichnung der nunmehr gültigen Politik an die französischen Agenten im Auslande erlassen wird, werde liberaler ausfallen als man nach den Antecedenten des Ministers und nach den Umständen, unter denen er wieder ans Ruder gelangt, voraussetzen sollte. Es würde darin, wie auch schon zur Zeit Thouvenel's, viel von der italienischen Einheit und von den Sympathien des Kaisers für Italien, das er mit dem Papstthume ausöhnen wolle, die Rede sein. Die erwähnten Blätter überleben, daß eine solche Ausöhnung nur dann möglich ist, wenn „Italien“ auf seine unberechtigten Wünsche verzichtet.

In Berlin werden ebenfalls die neuesten Pariser Vorgänge übel vermerkt. Ein Berliner Corr. der „k. k. S.“ schreibt: Die Ernennung Drouyn de Lhuys zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten in Frankreich kann von unserem neuen Premier unmöglich mit Befriedigung aufgenommen werden. Der Nachfolger Thouvenel's ist so ausgesprochener Maßen der Anhänger einer freundschaftlichen Politik gegen Oesterreich, daß der preussische Gegner Reichberg's ihn ungern als den Vertreter Frankreichs sehen muß. So ist er denn in der etwas fatalen Lage, gleich in den ersten Wochen seiner Verwaltung, eine empfindliche Niederlage im Innern und eine entschiedene Ueberraschung in der auswärtigen Politik erfahren zu haben. In wie fern darin Bürgschaften künftiger Erfolge zu finden sind, überlassen wir den officiösen Schriftstellern, nachzuweisen. Den verständigeren Chefs dieser subalternen Leute wird, wenn nicht alle Anzeichen trügen, etwas unheimlich dabei zu Muth sein.

Ueber die Modalitäten, unter welchen die Entlassung Thouvenel's vor sich ging, verlauten nachträglich interessante Details. So wird einem deutschen Blatte aus Paris geschrieben: „Thouvenel hatte im Verein mit den Herren Fould, Persigny, Baroche, Rouher und Worny dem Kaiser eine Art Ultimatum übergeben, und darauf gerechnet, daß der Kaiser lieber das Ultimatum als die gleichzeitige Entlassung von sechs Ministern annehmen werde. Der Kaiser ließ aber sämtliche Unterzeichner des Ultimatus mit Ausnahme des Herrn Thouvenel kommen, bewog sie, auf ihren Posten zu bleiben, und schickte Herrn Thouvenel die nicht erbetene Entlassung. Der Kaiser soll den bleibenden Ministern versichert haben, daß Herrn Drouyn de Lhuys' Ernennung durchaus keine Italien feindliche Bedeutung habe. Nur dürfe man mit dem Papste nicht eine Sprache führen, wie Herr Thouvenel; er (der Kaiser) sei überzeugt, daß der Papst schließlich nachgeben werde (H), er wisse auch, daß Victor Emanuel geneigt sei, sich mit dem Papste zu verständigen. Durch diese Aeußerungen sollen Persigny und Fould bestimmt worden sein, einstweilen zu bleiben und den Gang der Dinge abzuwarten.“

Der „E. G.“ wird aus Paris mitgetheilt, daß man in eingeweihten Kreisen dort die Erhebung Thouvenel's durch Drouyn de Lhuys keineswegs ganz auf Rechnung der angeblich neuen Phase der italienischen Politik des Kaisers schreibt. Man will vielmehr wissen, daß zwischen der Berufung Drouyn de Lhuys an die Spitze der auswärtigen Angelegenheit und der Verlegung des Marschalls Mac Mahon von Lille nach Nancy ein gewisser Zusammenhang in Bezug auf die eigentliche Veranlassung dieser Personalmodifikationen bestehe, und daß diese letztere kaum ganz und ausschließlich in der römischen Frage zu suchen wäre, wenn auch alle äußeren Verfügungen mit Offenbarkeit auf den Glauben hinzuwirken suchen, daß es die römische Frage sei, welche das ganze große Revoirment, welches augenblicklich in den Pariser gouvernementalen Epöphen stattfindet, verursacht habe. Dasselbe Schreiben hebt als einen bemerkenswerthen Umstand hervor, daß Marschall Mac Mahon in der letzten Woche zu wiederholten Malen nach St. Cloud beschieden wurde, um mit dem Kaiser unter vier Augen zu conferiren. In militärischen Kreisen von Paris circulirt auch die Version, daß das unter den Befehl Mac Mahons gestellte Militär-Commando von Nancy demnächst in die Lage kommen werde, über eine größere Truppenzahl als seit her zu verfügen.

Es scheint sich zu bestätigen, daß das dänische Ministerium Hall-Monrad-Beckmann die Aussonderung der Herzogthümer Holstein und Lauenburg aus der dänischen Gesamtmonarchie beschlossen hat und den Eidstaat proclamiren wird. Das Herzogthum Holstein wird einen Gouverneur erhalten und zwar in der Person des Grafen Friedrich v. Moltke in Rembek (früher in Segeberg, ein Bruder des durch seine Harte bekannten Karl v. Moltke).

Die Posten soll den russischen Protest gegen den Bau einer Militärstraße in Montenegro dahin beantwortet haben, daß in den früheren Verträgen hinsichtlich Montenegro's nichts weiter stipulirt sei als die Autonomie des Landes und dessen territoriale Abgrenzung. In beiden Beziehungen werde durch den Bau der Militärstraße nichts geändert. Dieselbe habe mit der Verwaltung des Landes nichts zu thun und die Grenzen Montenegro's würden dadurch eben so wenig alterirt.

In La Paz (Bolivien) ist am 19. August eine Revolution gegen den Präsidenten Ucha ausgebrochen. An der Spitze derselben stand General Perez. Die Sache scheint aber wenig Erfolg gehabt zu haben, da

den letzten Berichten zufolge Perez von Caracas, bis wohin er vorgerückt war, sich wieder nach La Paz hat zurückziehen müssen.

Am 18. d. Abends fand in Wien eine zweite Versammlung der österreichischen Teilnehmer an der Frankfurter Versammlung statt. Zweck der Beratung war die Feststellung des Programms, mit welchem man in Frankfurt austreten wolle. Es wurde ein von den deutschen Parteifreunden eingesendeter Programmentwurf mit unwesentlichen Modificationen angenommen. Professor Dr. Unger, welcher der Versammlung beizuwohnte, beantragte als Programm die Einberufung einer Delegirtenversammlung aufzustellen, welcher die Aufgabe zufiele, im Vereine mit den Regierungen die Reform der deutschen Bundesverfassung zu beraten. Sich auf diese Weise auszusprechen, wurde jedoch von der Versammlung nicht zweckmäßig gefunden. Diefelbe hat sich für den Antrag der Regierungen auf Einberufung einer Delegirtenversammlung als Ausgangspunkt für organische Bundesveränderungen mit Hervorhebung der Nothwendigkeit dieser letzteren, entschieden.

Ueber den Stand der von den acht Regierungen in Bezug auf die Delegirten-Versammlung und das Bundesgericht gestellten Anträge wird aus Frankfurt geschrieben: Als die Bundesversammlung in der letzten Sitzung vor den Ferien die bekannten Anträge auf Bundesreform (Delegirten-Versammlung und Bundesgericht) einem besondern Ausschusse zur Berichterstattung überwies, nahm man es als sicher an, daß dieser Ausschuss im Stande sein werde, alsbald nach dem Wiederzusammentreten der Versammlung derselben seinen Bericht fertigt vorzulegen. Diese Voraussetzung hat sich aber nicht allein nicht erfüllt, sondern es verlautet mit großer Zuverlässigkeit, daß der erwähnte Berichterstatter (der bairische Bundestags-Gesandte Freiherr v. v. Pfordten) während der Ferien die Entdeckung gemacht hat, daß er behufs der Feststellung seines Berichts zuvor noch weiter mit dem Ausschusse sich benehmen müsse, und daß deshalb, da der Ausschuss gleichfalls seine Ferien angetreten hatte, der Bericht noch gar nicht in Angriff genommen ist. Es mag dahingestellt bleiben, ob die Behauptung begründet ist, daß die eigentliche Ursache dieser Verzögerung in neu aufgetauchten Differenzen zwischen den antragstellenden Regierungen gesucht werden müsse; in jedem Falle scheint aber hienach die Sache so zu liegen, daß für die nächste Zeit eine Erledigung der Anträge nicht zu erwarten steht.

Sämmtliche Wiener Abgeordnete zum deutschen Handelstage, schreibt die „Öst.-Post“, sind heute (20.) hier wieder eingetroffen, und zwar viel besserer Muthes, als wir nach den letzten Abstimmungen erwartet haben. Der Sieg der Gegner sei kein fruchtbarer, die Organisation der Letzteren namentlich durch den Nationalverein, der auf dem Münchener Handelstage do nunt, habe allein ihnen die Majorität zugeführt. Einen bedeutenden Eindruck soll die Erklärung Hansemanns gemacht haben, als er die Wahl in den Ausschuss für den nächsten Handelstag ablehnte. Und als nunmehr auch die Herren Gähle aus München, Mayrhofer und Wertheim aus Wien den Eintritt in den Ausschuss in motivirten Erklärungen verweigerten, soll die Aufregung eine sehr große gewesen sein, da der Rest der gewählten Ausschüsse bloß aus Mitglieder des Nationalvereins besteht, so daß die Einseitigkeit desselben um so schärfer hervortritt. Ein Curiosum des Münchener Handelstages ist uns aufgefallen, dessen wir erwähnen müssen. Die Stenographen, die dort fungirten, waren offenbar von kleindeutscher Seite influenzirt. Mit Vorliebe verweilen die Auszüge, welche an sämtliche deutsche Zeitungen versendet wurden, bei den Rednern, welche in preussischem Sinne sprachen, während die anderen piefämterlich behandelt werden. Auch ist die Zahl der Bravo's meist auf der Seite der Ersteren zu finden, während bei den Letzteren immerfort „Schluß“ und „Heiterkeit“ zu lesen ist. Dies geht so weit, daß bei einer Rede des bekannten hannoverschen Chemikers Karmarsch, der sehr derbe aber geschickte Dinge gesagt hat, die verhöhnenden Einschübe, welche der stenographische Berichterstatter in dieser Rede macht, der in München erscheinenden „Zar-Z.“, die eben auch an diese stenographischen Berichte angewiesen ist, zu viel werden, und während nun der stenographische Berichterstatter den Schluß der Karmarsch'schen Rede mit dem Zufüge begleitet: „Er schließt unter allseitiger Heiterkeit“, sieht sich die genannte Zeitung zu folgender Redactionenote veranlaßt: „Unter großem Weifall, dem unser Referent die Horen verflochten zu haben scheint.“ Dieser Hannoveraner

sprach wahre Worte wie er gleich im Anfang versicherte, daß er kein Blatt vor den Mund nehmen werde. Diese kleine Probe von der Färbung der stenographischen Auszüge, welche durch alle deutschen Blätter die Runde machen, ist ein charakteristischer Zug von der Art, wie man von kleindeutscher Seite zu manöuvrieren versteht.

Die „Sax-Zeitung“ vom 18. d. schreibt: „Das gestrige Resultat der Abstimmung im Handelsstage zeigte nichts mehr und nichts minder, als daß wir in Deutschland wirklich in zwei gleiche Hälften geschieden sind, daß sich die Parteien in handelspolitischer Beziehung gleich stark gegenüberstehen. Hundert gegen sechs- und neunzig Stimmen! Nimmt man in Betracht, daß die Vertreter einiger Städte sich schon vor der Abstimmung entfernt hatten, daß einige andere, die uns sehr nahe liegen, die wir aber nicht nennen wollen, offenbar aus Mißverständnis oder reiner, freilich unbegründeter Begriffserregung mit „Ja“ stimmten, wo sie vielleicht mit „Nein“ stimmen wollten und sollten, daß andere, besonders westphälische Städte sich der Abstimmung enthielten; so wird man sich sagen müssen, daß vier Stimmen Majorität für das Minoritätsgutachten gar nichts sagen wollen, und die Herren Behrend, Michaelis, Beckerath, Sybel trotz aller Anstrengungen, trotz aller „Kniffe und Pisse“, wo ihr Verfahren ein Vertreter einer westphälischen Stadt nannte, nichts weiter erreichten, als vier Stimmen Majorität, die sie nur dadurch erlangen konnten, daß sie ihre Partei mit anerkannter Strafe Disziplin aufrechterhaltung in's Treffen führten. Und wie wäre es erst geworden, wenn unsere lieben Landsleute, die Pfälzer, die immer etwas Apartes haben müssen, etwas weiteren handelspolitischen Sinn gezeigt hätten; wenn sie, einmal wieder ins Bodhorn gejagt, etwas weniger Furcht und etwas mehr Verständnis für die handelspolitische Lage Deutschlands und Preußens, das den Zollverein wieder auflösen kann noch will, bewiesen hätten; wenn sie sich nicht mehr der unnötigen Furcht vor den österreichischen Weinen ergeben, und wenn sie nicht eben wieder zu einer Sache stehen zu müssen glaubten, von der man ihnen weisgemacht, sie vertrete das liberale Prinzip. Die Hannoveraner standen in ihren intelligenteren Vertretern, in ihren Repräsentanten der großen Industrie und des Handels auf der süddeutschen Seite. Ebenso viele Westphale. Dagegen die vorder- und hinterpommerschen Glieder alle (sie waren in großer Zahl des Stimmfähigen da) für die unbedingte Annahme der Handelsverträge. Das Resultat der Abstimmung machte wenig Eindruck.“

Ein Kasseler Correspondent der Zeitung für Norddeutschland bringt die Einberufung der kurhessischen Stände in Zusammenhang mit einer preussischen Note, die am 9. d. M. in Kassel eingetroffen und in der eine Aufforderung enthalten gewesen sei, die Wiederherstellung der Verfassung zu beschleunigen. „Diese Mittheilung“, fügt derselbe hinzu, „wird allerdings nach den jüngsten Vorgängen in Preußen Manchem fabelhaft klingen, allein sie ist uns aus einer Quelle geworden, an deren Glaubwürdigkeit wir auch nicht einen Augenblick zweifeln. Hr. v. Bismarck-Schönhausen scheint es also auch mit den Formalitäten nicht so genau zu nehmen, um nicht eine Note jenes Inhalts einer Regierung zugehen zu lassen, mit welcher die diplomatischen Beziehungen abgebrochen worden.“

Verhandlungen des Reichsraths.

Der von dem Finanzminister eingebrachte Gesetzesentwurf, womit die Erhöhung des außerordentlichen Zuschlages zu den directen Steuern angeordnet wird, lautet:

§. 1. Der zu Folge der kaiserlichen Verordnung vom 13. Mai 1859 (R. G. Bl. Stück XXIV. Nr. 88) bestehende außerordentliche Zuschlag wird für die Dauer der drei Verwaltungsjahre 1863, 1864 und 1865 a) bei der Grundsteuer auf Fünftel des ordentlichen Gebühre erhöht; b) bei der Hauszinssteuer, c) bei der Erwerbsteuer, d) im lombardisch-venetianischen Königreiche bei dem contributo arti e commercio und bei der Einkommensteuer verdoppelt.

§. 2. Wenn in einzelnen Fällen hinsichtlich des durch die Bestimmung des §. 1 (Absatz a) dieses Gesetzes erwachsenden Mehrbetrages bei der Grundsteuer — die unabweisliche Zahlungsunvermögenheit eines Steuerpflichtigen vorliegen, und sich als Folge einer Grundtragsübertragung gegenüber anderen Steuerpflichtigen darstellen sollte, so ist von Amtswegen oder über Einsprechen der Partei mit der zwangsweisen Einhebung jenes Betrages, um welchen nach Absatz a des vorstehenden §. 1 die bisherige Steuerhöchsthöhe erhöht wird, inne zu halten und wegen dessen Abschreibung an die Steuerlandesbehörde der Antrag zu erstatten. Hierüber hat unter dem Vorstehe ihres Vorstandes oder seines Stellvertreters, mit Zuziehung eines Finanz- und eines von der politischen Landesbehörde beizugebenden Beamten, dann zweier Vertreter der Steuerpflichtigen die Entscheidung nach Stimmenmehrheit stattzufinden. Die Vertreter der Steuerpflichtigen sind in den deutsch-slawischen Kronländern von dem betreffenden Landesauschusse, im lombardisch-venetianischen Königreiche von der Central-Congregation, in Ungarn, Croatien und Slavonien von der Statthalterei, dann in Siebenbürgen vom Gubernium zu bestimmen.

Gegen diese Entscheidung steht dem Steuerpflichtigen der Recurs offen, welchem gegen die Einbringung des dieser Steuerhöhung entsprechenden Betrages eine aufhaltende Wirkung zukommt. Dieser Recurs ist binnen 14 Tagen schriftlich oder mündlich bei der mit der Steuerhebung betrauten Behörde an das Finanzministerium einzubringen.

§. 3. In den Ländern, in welchen den Schuldner das Recht zum Abzuge der Einkommensteuer von den

Zinsen der hypothekarisch oder bei Gewerbsunternehmungen angelegten Capitalien gesetzlich eingeräumt ist, hat sich dieses Recht auch auf den außerordentlichen Zuschlag und zwar in dem durch das gegenwärtige Gesetz bestimmten Ausmaße zu erstrecken.

§. 4. Von den Zinsen der Staats-, öffentlichen Fonds- und ständischen Obligationen hat die Einhebung der 5% Einkommensteuer und des zufolge §. 1 mit 2% entfallenden Zuschlages in der mit der kaiserlichen Verordnung vom 28. April 1859 (R. G. Bl. XVIII. Nr. 67) festgesetzten Art mittelst Abzuges bei der Auszahlung der nach dem 31. October 1862 fällig werdenden Zinsen stattzufinden. Bei den in Conv.-Nz. festgesetzten Zinsen hat es bei der durch den Finanzminister-Erlass vom 4. Mai 1859 (R. G. Bl. XX. Nr. 74) angeordneten Art der Umrechnung auf österreichische Währung zu verbleiben, und es ist der 2% Zuschlag von dem in dieser Währung entfallenden Betrage zu berechnen und einzubringen.

§. 5. Der Finanzminister ist mit dem Vollzuge des gegenwärtigen Gesetzes beauftragt.

Der 29. Paragraph enthaltenden Regierungsvorlage über das Vergleichsverfahren entnehmen wir folgende wichtige Bestimmungen:

§. 23. Der Schuldner wird durch den geschlossenen Vertrag soferne in demselben zwischen ihm und den Gläubigern nichts Anderes bedungen worden ist, von jeder nicht durch den Ausgleich selbst begründeten Verbindlichkeit, sowohl in Ansehung derjenigen Gläubiger, welche ihre Forderungen bei der Verhandlung angemeldet haben, als auch in Ansehung derjenigen, welche diese Anmeldung unterlassen haben, jedoch mit den in den §§. 24, 25 und 26 bestimmten Beschränkungen befreit.

§. 24. Diese Befreiung kommt den Schuldnern gegen Niemand zu Statten, wenn er sich einer strafbaren Verletzung seines Vermögens oder auf andere Weise des Verbrechens des Betruges nach §. 199 lit. f. des allgemeinen Straßgesetzes schuldig gemacht hat. In einem solchen Falle bleiben zwar die aus dem rechtskräftig geschlossenen Vergleiche infolgedessen nicht etwa dieser selbst nach den Vorschriften des allgem. G. B. für ungültig erklärt wird, den Gläubigern unter einander so wie gegen den Schuldner und gegen 3 Personen, welche etwa dem Vergleiche als Bürgen und Zahler u. s. w. beigetreten sind, erwachsenen Rechte unberührt, es können aber die Gläubiger auch die ihnen vor dem Vergleiche gegen den Schuldner zugestanden Rechte geltend machen.

§. 25. Gegen diejenigen Gläubiger, welche ihre Forderungen angemeldet und an der Vergleichsverhandlung Theil genommen haben, kommt den Schuldnern die Befreiung davon nicht zu Statten, wenn die durch den Vergleich begründeten Verbindlichkeiten nicht erfüllt werden. In einem solchen Falle ist jeder dieser Gläubiger, wenn er nicht nach dem für den Vergleich angenommenen Maßstabe bereits vollständig entrichtet ist, berechtigt die Eröffnung des Concurses über das Vermögen des Schuldners zu begehren. In diesem Concurs ist kein Gläubiger verpflichtet die Zahlungen, welche er in Folge des Vergleiches im guten Glauben erhalten hat, zurückzustellen. Ist ein Gläubiger nach dem für den Vergleich angenommenen Maßstabe bereits vollständig entrichtet, so gilt seine Forderung auch im Concurs für vollständig getilgt.

Ist er nach dem erwähnten Maßstabe nur zum Theil entrichtet, so kann er von seiner ursprünglichen Gesamtforderung so viele Procente zum Concurs anmelden, als Procente des ihm im Sinne des Vergleiches auszahlenden Betrages noch unberichtigt geblieben sind.

In diesem Concurs sind die von 3. Person im guten Glauben zur Sicherstellung der Erfüllung des Vergleiches geleisteten Bürgschaften oder sonst übernommenen Verbindlichkeiten, insofern als erloschen zu betrachten, als diese Verbindlichkeiten nicht schon vor Eröffnung des Concurses erfüllt sind.

§. 26. Diejenigen Gläubiger, welche ihre Forderungen nicht angemeldet oder ihre Anmeldung bis zum Tage vor der Vergleichsverhandlung zurückgezogen und daher an dieser nicht theilgenommen haben, können in dem Falle als der Vergleich für dessen Theilnehmer nicht wenigstens 30 Proc. nt ihrer anerkannten Forderungen binnen längstens drei Jahren nach Rechtskraft der Bestätigung des Vergleiches abwirft, von dem Schuldner die Befriedigung ihres Anspruchs im vollen Betrage, jedoch nur unter der im §. 27 bestimmten Beschränkung verlangen. Beweist aber ein Gläubiger, daß ihm die Anmeldung seiner Forderung im Vergleichsverfahren ohne sein Verschulden unmöglich war, so kann er auch in dem Falle, als der Vergleich für dessen Theilnehmer 30 Procent oder mehr ihrer anerkannten Forderungen binnen drei Jahren nach Rechtskraft der Bestätigung des Vergleiches abgeworfen hat, von dem Schuldner Befriedigung jedoch nur für so viele Procente seiner Forderung, als den Theilnehmern des Vergleiches aus denselben zu Gute gekommen sind, und gleichfalls nur unter den im §. 27 bestimmten Beschränkungen verlangen.

§. 27. Die im §. 26 erwähnten Gläubiger können ihre Befriedigung weder aus demjenigen Vermögen, welches nach Aufhebung der Zahlungseinstellung zur Erfüllung des Vergleiches in den Händen der Gläubiger oder deren Befesteten zu bleiben hat, noch aus dem Ertrage des Geschäftsbetriebes des Schuldners ansprechen, so lange die Geschäfte dem Vergleiche zufolge, zur Befriedigung der Theilhaber desselben betrieben werden.

Auch sind sie zu einer Personalexecution wider den Schuldner wegen dieser Forderungen nicht berechtigt.

In der Sitzung des Finanzausschusses vom 18. d. wurde die Verathung des Budgets des Staatsministeriums Abteilung Unterricht und Cultus fortgesetzt. Bei der Position Steiermark, ordentliches Erforderniß der Studienanstalten wurde nach Antrag des Dr. Herbst beschloffen, über die dem Finanzaus-

schusse überwiesene Petition wegen Bewilligung eines Betrages von 5000 fl. zur Errichtung einer medizinischen Fakultät in Graz, die ganze Angelegenheit betreffend die Universität Graz, dem Staatsministerium befürwortend vorzulegen, das Erforderniß für die Studienanstalten wurde im Ordinarium mit 1,537,475 fl. im Extraordinarium mit 183,255 fl. genehmigt. Für das Institut der Wissenschaften und Künste in lomb. venet. Königreiche wurden 16,900 fl., für die Akademie der bildenden Künste in Wien 56,884 fl. und für jene in Venedig 33,181 fl. genehmigt. Der Referent Dr. Brinz beantragte, es sei der Wunsch dem Hause zu empfehlen: die bestimmte Erwartung einer baldigen Fortschritten der Zeit und den Bedürfnissen der Gegenwart entsprechenden Organisation in der Centralleitung in Unterrichtssachen auszusprechen. Der Antrag erhielt jedoch nicht die Majorität.

Ueber Antrag des Dr. Herbst wurde rücksichtlich der Studienanstalten und in Abänderung eines lehthin gefaßten Beschlusses auch rücksichtlich der Schulanstalten die Unzulässigkeit der Uebertragungen von einem Lande in das andere (Requiemanten) beschloffen.

Für die Abtheilung Cultus ist Dr. Litwinowicz Referent. Das Gesamterforderniß der Religionsanstalten wurde mit 1,411,300 fl. genehmigt. Anlässlich der Position: Beträge zu Cultuszwecken, stellte Dr. Herbst den Antrag, 10,000 fl. für Restauration des Domes zu Prag als Erhöhung des außerordentlichen Erfordernisses zu bewilligen. Dieser Antrag wurde zurückgezogen, nachdem der Staatsminister v. Schmerling erklärt hatte, in dieser Angelegenheit selbstständig im Wege des Nachtragscredits vorzugehen. Es lag eine Petition des Dombauvereines vor, in welchem eine Unterstützung von 20,000 fl. gebeten wurde. Dr. Herbst hatte ursprünglich beantragt, 10,000 fl. aus den Ueberschüssen des Religionsfonds zu bewilligen. Gegenüber diesem Antrage bemerkte der Staatsminister, daß der Religionsfond mit Vorschüssen des Staates belastet sei, in Folge dessen Dr. Herbst modificirte, und wie erwähnt formulirte. Dem so gestellten Antrage bewies der Staatsminister ein bereitwilliges Entgegenkommen ohne sich darüber auszusprechen, ob die Summe des Nachtragscredits 10,000 fl. nach dem Antr. g. Herbst's oder 20,000 fl. nach dem Antrage der Petenten betragen werde. Das Gesamterforderniß für Stiftungen und Beträge zu Unterrichtszwecken wurde mit 297,600 fl. genehmigt.

Der amtlichen Prager-Zeitung wird aus Wien berichtet: „In der nächsten Woche wird der große Bankauschuss zusammentreten, um sich seinerseits über die vom Finanzausschuss beschlossenen Modificationen der Bankacte schlüssig zu machen. So weit sich bis jetzt absehen läßt, wird seitens der Bank die eine oder die andere dieser Modificationen nicht sowohl dem Wesen nach beanstandet, als vielmehr in eine andere Form gebracht werden, wie denn beispielsweise die große Mehrheit sich dahin neigen soll, um jede Ingerenz der Staatsverwaltung in die Geschäftsführung der Bank auszuschließen, statt der dem Staat zuerkannten Gewinnhälften eine jährliche feste Pauschsumme auszuwerfen. Im Großen und Ganzen aber hält man das Zustandekommen des Vertrages schon jetzt für gesichert.“

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 20. October. Se. Majestät der Kaiser begeben sich heute nach Mautern, um den daselbst jährlich stattfindenden Uebungen des Geniecorps beizuwohnen.

Der k. englische Gesandte Sir Bulwer hatte die Ehre, gestern zur kaiserlichen Hofstafel in Schönbrunn geladen zu werden.

Sir Bulwer hat hier dem Grafen Rechberg, sowie dem Herzog von Grammont und dem Fürsten Kallmach Besuche abgestattet. Umso mehr ist es auffallend, daß er den russischen Gesandten v. Balabin nicht besucht hat.

Der k. k. General, Freiherr von Philippowitsch ist nach Ablauf seinesurlaubes auf seinen Posten nach Semlin abgereist.

Das k. k. Kriegsministerium schreibt die „D.Z.“ beabsichtigt, durch ökonomische Rücksichten veranlaßt, die bisher im Wege der Monturscommission bewirkte Erzeugung von Monturs- und Rüstungsarten künftighin den Truppen selbst zu überlassen. Es wurden zu diesem Zwecke vorläufig die Ergänzungsbetriebe und Depotcommanden beauftragt, das Gutachten abzugeben, welche Kräfte denselben zu Gebote stehen, um dieser beabsichtigten Selbstherzeugung sowohl für den laufenden Bedarf als auch für den zu deponirenden Kriegsvorrath die möglichste Ausdehnung zu geben. Es würde die Durchführung dieser Maßregel nicht allein namhafte Ersparungen erzielen, sondern auch dem bisher gefühlten Uebelstande abhelfen, daß ein großer Theil der im fertigen Zustande an die Truppen verabsorgten Montursarten neuerdings zertrümmert und angefertigt werden mußte.

Wie verlautet, hat das k. k. böhmische Oberlandesgericht dem Recurs der Staatsanwaltschaft in dem Prozeß des „Pozor“ Folge gegeben und den Recusant dieses Tagesblattes, den Kanonicus V. Stulz, welcher vom k. k. Landesgerichte für schuldiglos erkannt wurde, zu 2 Monaten Kerker und 1000 fl. Caution verurtheilt.

Deutschland.

Die Berliner „Montags-Bl.“ schreibt: In den Hofkreisen spricht man mit Bestimmtheit von einer bevorstehenden Zusammenkunft unseres Königs mit dem Kaiser Napoleon. Die Königin Augusta wird nach den neuesten Entschlüssen erst gegen die Weihnachtzeit, das kronprinzliche Paar erst im Februar nach Berlin zurückkehren. Aus guter Quelle wird versichert, daß das Gerücht von einer beabsichtigten Abreise der Königin Victoria von England zu Gun-

sten ihres ältesten Sohnes, des Prinzen von Wales, ungegründet sei. Die hohe Frau soll sich während ihres Aufenthaltes im Coburg'schen sehr erholt haben. Die Tage des gegenwärtigen Volksfestes in Preußen sind gezählt. Eine Auflösung desselben soll entweder kurz vor dem äußersten verfassungsmäßigen Termin der Einberufung (15. Jänner k. J.) oder falls dieser eingehalten wird, kurz nachher erfolgen. Die Fortschrittspartei hat drei der jetzigen Abgeordneten zur Niederlegung ihres Mandats und die Herren Joh. Jacoby, v. Arnim und Löwe (Salbe) verurtheilt, eventuell an ihre Stelle zu treten. Einzelne Abgeordnete halten es für nicht unwahrscheinlich, daß der vor einigen Tagen geschlossene Landtag schon im December zusammenberufen werden wird, um das Budget für 1863 noch vor Beginn des nächsten Jahres zu verabschieden. Dieselben schmeicheln sich auch mit der Hoffnung, daß die Regierung dann auf den zweijährigen Militärdienst eingehen werde. Im Ministerium des Innern ist ein Beamter eigens dazu berufen die sich anmeldenden Deputirten der Fudalen zu registrieren, welche mit Adressen nach Berlin kommen. Von Seiten der Liberalen ist seit einiger Zeit eine Regendemonstration im Gange. Es werden nämlich Abschriften der Zustimmungsdressen an die liberalen Abgeordneten gefertigt und gleichfalls an das Ministerium des Innern gesandt.

Der zwischen Preußen und der Republik Chile abgeschlossene Handels- und Schiffahrtsvertrag hat nimmer die Zustimmung der chilenischen Regierung erhalten. Er stipulirt unter Anderem, daß die beiden Regierungen im Kriegsfall keine Kaperbriefe gegen einander ausstellen sollen.

Der greise König von Württemberg, der kürzlich sein 82. Geburtsfest gefeiert hat, erlitt dieser Tage, während er im Schloßpark allein spazieren ging, einen leichten Schlaganfall; er wankte, hielt sich an einen Baum und wurde von zwei Damen, die in der Nähe waren, gestützt, bis die Leute aus dem Schloß herbeigerufen waren und den alten Herrn nach Hause brachten. Der Anfall soll bis jetzt keine weiteren Folgen gehabt haben.

Frankreich.

Paris, 17. Oct. Gestern hat Herr Drouyn de Lhuys in St. Cloud bei dem Kaiser gespeist. Hr. v. Lagueronniere besand sich auch unter den Geladenen. Baron d'André ist zum Cabinetschef des neuen Ministeriums ernannt. — Hr. Drouyn de Lhuys nahm heute Besitz von dem Ministerium des Aeußern. Herr Benedetti kommt nächsten Montag in Paris an. Das Pays behauptet, er habe schon vor einem Monate seine Entlassung eingereicht. Sein Abgang von Turin habe mit der jetzigen Krisis nichts gemein. — Hr. v. Thouvenel und Hr. v. Lavalette beabsichtigen im nächsten Senat ihre Ideen über die Lösung der italienischen Frage in nachdrücklicher Weise zu vertreten. — Ein kaiserlicher Ordrecommande ist mit einem Briefe des Kaisers an Victor Emanuel nach Turin abgerast. — Notazzi soll von dem Gedanken abgekommen sein, in Folge der hiesigen Ereignisse seine Entlassung zu nehmen. Er würde dies von dem Ausfall der nächsten allgemeinen Wahlen abhängig machen. — Die französischen Wahlen für den gesetzgebenden Körper sollen nicht vor August oder October des nächsten Jahres stattfinden.

Ein Pariser Corr. der „A. Z.“ schreibt: Die Crisis ist wenigstens vom Sehen gekommen, wenn auch nicht mit Sicherheit angenommen werden kann, daß in längeren oder kürzeren Zwischenräumen keine anderweitigen Veränderungen im Minister-Personal vorgenommen werden. An Candidaten für die verschiedenen Portefeuilles fehlt es nicht, doch würde es wohl als eine Schwächung der kaiserlichen Initiative erscheinen, wenn es bei jeder bedeutenden Wendung der persönlichen Politik einer durchgreifenden Cabinets-Veränderung bedürfte. Herr v. Persigny ist der Einzige, dessen Stellung im Augenblicke als precär angesehen wird. Wie es heißt, bestände Hr. Drouyn de Lhuys auf seinem Rücktritt. Hr. Thouvenel hat sich bereits aufs Land begeben; seine Gemahlin ist immer noch sehr gefährlich krank (man hat sie bereits todt gesagt), und man führt diesen traurigen Umstand mit als Grund an, warum er die ihm angebotenen Gesandtschaftspositionen in London und Berlin ausgeschlagen hat.

Der „Moniteur“ enthält einen aus Tanariva, 25. August, an den Marine-Minister gelangten Bericht über Ankunft und Empfang der französischen Gesandtschaft, welche unter dem Vortritt des Commandanten Dupré am 23. Sept. der Krönung des Königs Radama von Madagaskar beizuwohnen sollte.

Spanien.

Aus Madrid, 16. d., wird tel. gemeldet: Der hiesige Gemeinderath hat mit Hrn. Wertheimer, dem Director des Mobilien-Credits, unter günstigen Bedingungen eine Anleihe von 30,000,000 Reales abgeschlossen. Mulay Abbas, Bruder des Sultans von Marokko, ist heute früh zu Malaga eingetroffen.

Hr. Barrot, der französische Gesandte am spanischen Hof, ist in Madrid angekommen und hat sogleich seine Functionen wieder übernommen.

Italien.

Aus Turin wird der „Scharf“-Correspondenz gemeldet, daß dort aus Neapel die Mittheilung angelangt sei, der bekannte wegen Theilnahme an Restaurationsconspiration zu mehrjähriger Kerkerhaft verurtheilte Prälat Monsignore Cienatempo sei aus dem Gefängnisse in St. Maria Apparente entwichen und spurlos verschwunden.

Die neuesten Nachrichten über Garibaldi's Befinden lauten schlecht, er wird täglich kränkelnder. Nach einem ärztlichen Gutachten, welches die Gazette des Hopital veröffentlicht wird, ist der Zustand des Kranken weit bedenklicher, als man es zu glauben scheint; die Fußgeschwulst rührt nicht von Rheumatismus her, sondern von dem Eindringen des

Aus New-York schreibt der „Times“-Correspondent vom 3. October: Die föderalistischen Blätter reden viel von der schnellen Bildung einer Friedenspartei im Süden. Die Conföderation, glauben sie, habe sich an Mannschafft, Geld und Hoffnung ganz erschöpft. Ein Blatt in Philadelphia legt sogar dem Publikum einen angeblich fertigen Ausgleichungs-Plan vor, welchen der Süden vorzuschlagen im Begriffe sei. Der Plan bestehe in der Anerkennung zweier gesonder-

Das Siebden Nejeznów im Warschauer Kreis ist am 9. d. Mittags durch eine furchbare Feuersbrunst verheert worden. Mehr als 3000 Einwohner blieben ohne Obdach, faun 11 Häuser sind getödtet, mehrere Personen verloren das Leben. Die neu gemauerte Kirche ist erhalten, das Rathhaus verbrannt, ebenso Waaren und sonstige Vorräthe, selbst das Pflaster darfi von der Hitze, Spiritusniederlagen, ein Zündholzfabrik u. s. w. gingen in Feuer auf. Den unglücklichen Uebersäbranten wurden von Warschau Brod und sonstige Bedürfnisse zugefandt.

Das medlenburgische Hofmarfchallamt hat eine alte Verordnung wieder aufgerufet, wornach die Frauen der Hofdienserschaft keine feidenen Kleider und Crinolinen tragen dürfen. Als Grund dieser Maßregel werden die häufigen Unterfützungs-Gefuche angeführt.

Sommerrap 17. October. Die heutigen Durchschnittspreise waren in österreich. Währung: Ein Mägen Weizen: 4.35 — Korn 2.62 — Gerste 2.80 — Hafer 1.17½ — Erbsen 2.29 — Bohnen 2. — Hirse 1.80 — Buchweizen 1.60 — Kukuruz — Erdäpfel — 80 — Eine Klafter hartes Holz 7.80 — weiches 6. — Ein Zentner Heu 1.40 — Ein Zentner Stroh — 80.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. A. Boczek.

